

L-3 Perspektiven für eine gerechte Landwirtschaft!

Gremium: Bundesvorstand, Berit Schütze, Berenike
Bick, Hannah Meyer, Lorenz Berger
Beschlussdatum: 10.10.2019
Tagesordnungspunkt: L – Landwirtschaft und Ökologie

Antragstext

1 Die konventionelle Landwirtschaft steht vor der Herausforderung, sich fit für
2 die Zukunft zu machen. Den Weg der Industrialisierung ihrer ursprünglich
3 kleinbäuerlichen Betriebe, der vielen Landwirt*innen durch die Förderpolitik von
4 EU und Bundesregierung zu Recht wirtschaftlich rentabel erschien, steht quasi
5 vor dem Aus. Der Preis von Lebensmitteln ist in den letzten Jahren und
6 Jahrzehnten ins Bodenlose gefallen und Großinvestitionen, die für die Erhöhung
7 der Erträge getätigt wurden, haben nicht zu den versprochenen Mehreinnahmen
8 geführt. Denn gegen große Investoren, die in der Bewirtschaftung von
9 Ackerflächen nichts weiter als eine Geldanlage sehen, hat kaum ein kleiner
10 landwirtschaftlicher Betrieb eine Chance. Aber genau die gilt es zu stärken und
11 sich dem Höfesterben im ländlichen Raum entschieden entgegenzustellen. Die
12 Landwirtschaft sichert unsere Ernährungssouveränität, wir sollten sie also auf
13 möglichst viele breite Schultern verteilen anstatt der Spekulation mit
14 Bodenpreisen auszusetzen. Um das Höfesterben aufzuhalten, gilt es nun v.a.
15 Perspektiven aufzuzeigen an die jungen Generationen in der Landwirtschaft. Der
16 schlechte Ruf der Landwirtschaft, die Risiken der Klimakrise und der Kredit bei
17 der Bank, der notwendig wäre, um im derzeitigen landwirtschaftlichen System
18 wettbewerbsfähig zu bleiben, sind nur der Anfang einer langen Reihe von
19 Problemen, denen sich Jungbäuer*innen gegenübersehen.

20 Als Gesellschaft sind wir die Profiteur*innen einer ökologischen,
21 klimastandhaften, tierschützenden und artenreichen Landwirtschaft. Wir müssen
22 also auch unseren Beitrag dafür leisten, den Wechsel hin zu eben diesen
23 Ansprüchen an landwirtschaftliche Betriebe sozial gerecht und lohnenswert für
24 die Landwirt*innen zu gestalten.

Höfesterben bekämpfen - Perspektiven schaffen

26 Für die Erzeugung hochwertiger Lebensmittel, die nach ökologischen Standards in
27 der Region und damit mit kurzen Transportwegen, also auch klimafreundlich und
28 letztlich für die Konsument*innen als solche kontrollierbar hergestellt werden,

29 braucht es Perspektiven für die kleinbäuerliche Landwirtschaft in Deutschland
30 und Europa. Kleinbäuerliche Landwirtschaft muss besonders gefördert werden,
31 indem man Förderkriterien so umbaut, dass sie kleinen Betrieben besonders zu
32 Gute kommen. Die flächengebundene Förderung aus der ersten Säule der
33 Europäischen Union spielt vor allem den großen Grundbesitzer*innen in die Hände.
34 Deshalb setzen wir uns für eine leistungsgebundene Förderung ein, die kleine
35 Betriebe beim Umbau hin zu Qualität statt Masse unterstützt, sodass später im
36 Verkauf für regionale und ökologische Produkte ein höherer Preis erzielt werden
37 kann. Außerdem braucht es Unterstützung für die Übernahme eines Hofes für
38 Jungbäuer*innen. Der Staat muss hier als günstiger Kreditgeber auftreten und die
39 Aussicht darauf stellen, auf Anteile des Kredites später zu verzichten, wenn die
40 Zukunft des Betriebes gesichert ist und landwirtschaftliche Konzepte umgesetzt
41 wurden, die ökologisch sinnvoll sind und Klimawandel- und Artensterben
42 entgegenwirken.

43 **Saisonarbeit regulieren**

44 Jährlich kommen 315.000 Saisonarbeiter*innen aus dem europäischen Ausland nach
45 Deutschland zum Arbeiten in der Landwirtschaft. Diese Zahl entspricht etwa 60
46 Prozent der Menschen, die in Deutschland in der Landwirtschaft beschäftigt
47 werden. Zu den Tätigkeiten zählen v.a. das Stechen von Spargel, sowie das Ernten
48 von Obst und Erdbeeren. Aber auch die Arbeit in Schlachtbetrieben. Die
49 Arbeiter*innen kommen v.a. aus Polen, Bulgarien und Rumänien, zum Teil aber auch
50 aus Kroatien, Ungarn, Serbien und seit neuestem auch aus der Ukraine. Die großen
51 Lohnunterschiede innerhalb der Europäischen Union ermöglichen dabei, dass häufig
52 zu menschenunwürdigen Bedingungen und niedrigsten Löhnen gearbeitet wird, weil
53 die Saisonarbeitskräfte häufig bereit sind, schlechte Lebens- und
54 Arbeitsbedingungen in Kauf zu nehmen. Wir als GRÜNE JUGEND wollen diese Menschen
55 aber nicht länger alleine lassen, sondern machen uns für ihre Rechte und
56 Ansprüche auf soziale und hygienische Arbeitsbedingungen stark. Es darf keine
57 Arbeiter*innen zweiter Klasse geben. Die Probleme liegen v.a. in nicht
58 vorhandenen schriftlichen Arbeitsverträgen, in der intransparenten Aufzeichnung
59 von Arbeitszeit und Lohn, den unklaren Gehaltsabzügen für Essen und Unterkunft
60 sowie im fehlenden Arbeits- und Gesundheitsschutz. Diese Probleme sind politisch
61 lösbar. Deshalb setzen wir uns für die Schaffung eines flächendeckenden
62 kostenlosen Beratungsangebotes für Saisonarbeitskräfte ein. Außerdem muss die
63 aufsuchende Arbeit stärker gefördert werden, um gerade die mobilen Beschäftigten
64 im ländlichen Raum erreichen zu können. Zwischen den Beratungsstellen und den
65 staatlichen Behörden, die die Zahlung des Mindestlohns kontrollieren, muss ein
66 viel engerer Austausch stattfinden und die Umgehung des Mindestlohns umgehend
67 geahndet werden. Dafür muss allen Beschäftigten ab dem ersten Arbeitstag ein
68 Arbeitsvertrag in der Herkunftssprache ausgehändigt werden. Außerdem muss der
69 Lohnzettel transparent ausgefüllt und den Arbeitskräften einmal monatlich
70 ausgehändigt werden, nicht erst am Ende der Saison. Kontrollierende Behörden
71 müssen endlich grenzüberschreitend zusammenarbeiten und auch die
72 Beratungsstellen verschiedener Länder eine gemeinsame europäische Strategie für

73 die soziale Absicherung von Saisonarbeitskräften entwickeln. Diese Strategie
74 muss umgehend in die gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) aufgenommen und in
75 ihren Förderkriterien verankert werden: wer nicht gemäß europäischen
76 Vorschriften legal beschäftigt, bekommt auch keine Direktzahlungen mehr.
77 Außerdem müssen die Arbeitgeber*innen verpflichtet werden, die geltenden
78 Arbeitsrechte den Arbeiter*innen in ihrer Herkunftssprache zugänglich zu machen
79 und sie in ihren Rechten zu belehren.

80 **Arbeitsrechte in der Landwirtschaft 4.0 sichern**

81 Die Digitalisierung und Mechanisierung in der Landwirtschaft hat das Potenzial,
82 anstrengende körperliche Arbeit, die bislang gering entlohnt wird und kaum bis
83 zum Ende des Arbeitslebens geleistet werden kann, durch moderne Technik auf
84 Maschinen automatisiert zu übertragen und dem Menschen nicht länger monotone
85 Arbeitsschritte zuzumuten. Im Gegenteil verbessert die die Fortbildung von
86 Fachkräften hin zu digitalen Fachkräften deren Qualifikation und damit auch ihr
87 Gehalt. Das passiert aber keinesfalls von selbst; der Staat muss entsprechende
88 Fortbildungen finanzieren und ermöglichen und dabei auch klar die Rechte der
89 Arbeitnehmer*innen in den Mittelpunkt stellen. Digitalisierung darf nicht zur
90 Mehrbelastung von Arbeitnehmer*innen mit digitaler Arbeit führen, ohne dass die
91 analoge Arbeit abnimmt. Die Digitalisierung sollte als Chance für Arbeits- und
92 Gesundheitsschutz in der Landwirtschaft betrachtet werden, gleichzeitig muss
93 aber auch immer klar sein, dass die Digitalisierung und Maschinerisierung nicht zu
94 Lasten von Klima- und Artenschutz stattfinden kann, indem immer größere
95 Maschinen mit immer mehr Gewicht zu einer immer stärkeren Belastung der Böden
96 führen. Die Landwirtschaft 4.0 stellt Chance und Risiko für Beschäftigte und
97 Natur gleichermaßen dar. Deshalb muss sie jetzt politisch angegangen und
98 diskutiert werden.

99 Moderne Landwirtschaft ist nämlich das, was man daraus macht. Die Solidarische
100 Landwirtschaft (SoLaWi) ist eine Organisationsform der Landwirtschaft, bei der
101 eine Gruppe von Verbraucher*innen mit einem oder mehreren Landwirt*innen
102 kooperiert und als positives Vorbild dienen kann. Die Verbraucher*innen geben
103 eine Abnahmegarantie für die Produktion und erhalten im Gegenzug
104 Einblick/Einfluss auf die Produktion. In der Regel zahlt jede*r Verbraucher*in
105 einen festen monatlichen Betrag. Dabei ist der*die Landwirt*in abgesichert und
106 im Fall eines Ernteausfalls, dessen Auftreten mit den Folgen der Klimakrise
107 zunimmt, nicht in ihrer*seiner Existenz bedroht. Genau diese Form
108 gemeinschaftlicher Verantwortung für das soziale Absicherung von Landwirt*innen
109 und die Transparenz für Verbraucher*innen über die konsumierten Lebensmittel,
110 wollen wir viel stärker unterstützen und sehen in ihr großes Potenzial als
111 zukunftsfähiges landwirtschaftliches Konzept. Die GRÜNE JUGEND macht sich für
112 mehr Räume in den Städten für Solidarische Landwirtschaft ein. Denn anders als
113 Lebensmittelketten stehen der Solidarischen Landwirtschaft kaum leistbare Räume
114 für Abgabe und Verkauf der erzeugten Lebensmittel zur Verfügung. Diese Räume
115 wollen wir mit staatlichen Mitteln fördern und in Kooperation mit den Kommunen

116 den Genossenschaften zur Verfügung stellen.

117 **Bürokratieabbau voranbringen**

118 Wir setzen uns für eine Reform der Förder-Bürokratie mit der Einführungen der
119 neuen GAP im Jahr 2020 ein - denn diese ist mehr als überfällig. Landwirtinnen
120 und Landwirten zuzumuten, für vorbildliche ökologische und klimaschützende
121 Landwirtschaft vom Blühstreifen, über Lerchenfenster bis hin zur Pflanzung von
122 Bäumen in ihrer auch so schon geringen Freizeit eine derartige Bürokratie mit
123 unzähligen Formularen auf sich nehmen zu müssen, ist nicht länger tragbar. Auch
124 angesichts der Dringlichkeit der Umsetzung zukunftsfähiger landwirtschaftlicher
125 Konzepte ist das alles andere als sinnvoll.

126 Künftig müssen landwirtschaftliche Betriebe nach umfangreicher kostenloser
127 Beratung ihre Vorhaben lediglich noch bei den zuständigen Stellen anmelden
128 müssen – den Papierkram erledigt dann die Behörde. Denn zu leistungsgebundener
129 Förderung zählt nicht nur die Leistung der Landwirtinnen und Landwirte, sondern
130 auch die Leistung des Staates, die für den Erfolg der Förderprojekte unabdingbar
131 ist. Dafür brauchen die Landwirtschaftsämter endlich das notwendige Personal, um
132 die Förder-Bürokratie im Sinne einer ökologischen Landwirtschaft und
133 gleichermaßen im Sinne der Landwirt*innen erledigen zu können. Ohne eine
134 wirksame, zugleich aber auch maßvolle Kontrolle können keine öffentlichen Mittel
135 fließen. Denn öffentliches Geld gibt es nur für öffentliche Leistungen.

136 **Regionalität und Infrastruktur fördern**

137 Die landwirtschaftlichen Betriebe müssen, um tier- und umweltgerecht sowie
138 nachhaltig handeln zu können, auf eine gute, lokale Infrastruktur zurückgreifen
139 können. Kurze Transportwege und eine lokale Vermarktung fördern die
140 Wertschöpfung vor Ort und halten die Transportemissionen so gering wie möglich.
141 Regionale Wirtschaftskreisläufe bieten zusätzlich Perspektive für viele
142 Arbeitsplätze und soziale Strukturen im ländlichen Raum. Es müssen ebenfalls
143 lokale Absatzmöglichkeiten für die Rohstoffe aus den Fruchtfolgen, wie
144 beispielsweise Hanf und Ackerbohnen, gewährleistet werden.

145 Um Regionalität wieder mehr Aussagekraft zu ermöglichen, setzen wir uns für ein
146 Regionalitätssiegel ein, das vom Futter/Dünger bis zum Endprodukt alle
147 Erzeugungsschritte berücksichtigt und honoriert. Zurückgelegte Kilometer und der
148 dadurch erzeugte CO2 Ausstoß stellen dabei die Klimabilanz des jeweiligen
149 Produktes dar.

150 Um regional erzeugte Lebensmittel auch zu regional erzeugten Endprodukten
151 fertigen zu können und nicht noch für die letzten Arbeitsschritte hunderte oder
152 tausende Kilometer fahren zu lassen, müssen wir regionale Infrastruktur fördern:
153

154 beispielsweise lokale Mälzereien, Mühlen, Molkereien, Metzgereien oder das
155 Backhandwerk gehen vielerorts zurück, ihre Produkte werden an zentralen Orten
156 möglichst günstig produziert. Das schadet aber dem regionalen
157 Wirtschaftskreislauf wie auch dem Klima. Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND, aus
158 Bundes- und Landesmitteln ein Förderprogramm für regionale Lebensmittel-
159 Infrastrukturprojekte ins Leben zu rufen, mit dem Regionalität für den
160 ländlichen Raum, das Klima und mit Blick auf regionale Schlachthöfe auch das
Tierwohl vorangebracht wird.

161 **Weiterbildung und Ausbildung in der Landwirtschaft**

162 Die Bildung im landwirtschaftlichen Bereich ist ein Schlüsselpunkt, denn nur
163 durch Eigenermächtigung kann konsequent nachhaltig gehandelt und bewirtschaftet
164 werden. Es müssen in der Lehre und im Studium konventionelle und ökologische
165 Praktiken gelehrt werden, um die eigenständige Umstellung von Betrieben zu
166 erleichtern.

167 Das Angebot an Weiterbildungsmaßnahmen muss stark ausgeweitet werden und vor Ort
168 verfügbar sein. Anpassung an den Klimawandel, Tierwohl, nachhaltige und
169 langfristige Betriebswirtschaft und Boden sind die Hauptschwerpunkte, auf die
170 sich die Bildungsprogramme im konventionellen und ökologischen Bereich
171 konzentrieren sollen. Fächer wie Bodenbiologie, -physik und -chemie müssen
172 umfassender gelehrt werden – sowohl in der universitären Ausbildung an den
173 Hochschulen, als auch in der landwirtschaftlichen Ausbildung. Der Ökolandbau
174 muss in vollem Umfang in die Lehre an Hochschulen und in die landwirtschaftliche
175 Ausbildung aufgenommen werden. Darüber hinaus sollen sowohl ökologische und
176 konventionelle Ansätze an alle Lernenden vermittelt werden, um Platz für Diskurs
177 und Wissensaustausch zu bieten. Dafür muss auch die Forschung im Bereich
178 klimapositiver und klimaresilienter Landwirtschaft stark ausgebaut und
179 entsprechend staatlich gefördert werden.

180 Die Bäuer*innen sind diejenigen, die die Nahrung produzieren, die Landschaft
181 gestalten, und Klima und Biodiversität schützen können. Diese wichtige Rolle
182 muss Anerkennung finden. Wir stehen Seite an Seite mit denen, die sich für
183 Arten- und Klimaschutz einsetzen. Gleichzeitig muss der Beruf der Landwirt*innen
184 attraktiver gemacht werden. Die künftigen Änderungen können nur mit Sachverstand
185 umgesetzt werden. Das Bild der Landwirt*innen muss sich in der Öffentlichkeit
186 ändern und dafür wollen wir uns auch einsetzen. Um Attraktivität des
187 Berufsfeldes zu steigern, müssen sich aber auch Bedingungen ändern, die hier
188 beschrieben werden.

189 **Fairer Handel statt Mercosur Freihandelsabkommen**

190 Freihandelsabkommen sind derzeit fester Bestandteil der Außenpolitik der
191 Europäischen Union. Oft sind, wie beispielsweise bei Mercosur oder TTIP, auch

192 landwirtschaftliche Güter Teil dieses geplanten Freihandels. Landwirtschaft ist
193 aber vor allem global sehr unterschiedlich organisiert und strukturiert.
194 Außerdem findet die Einfuhr landwirtschaftlicher Güter, wenn diese aus
195 Schwellen- und Industrienationen kommen, meist aus industrieller Landwirtschaft
196 statt. Diese Landwirt*innen sind oft viel weniger strengen Reglementierungen
197 unterworfen und betreiben eine klimaschädlichere Landwirtschaft als die
198 europäischen Bäuer*innen. Vor allem der günstige Preis der importierten Güter,
199 die zu lasten des Klimas entstehen, kann kleinstrukturierte, bäuerliche und
200 ökologische Landwirtschaft stark unter Druck setzen. Außerdem kann das dazu
201 führen, dass sich auch in Europa eine industrielle und ökologisch schädlichen
202 Landwirtschaft weiter durchsetzt, da nur diese dem neu erstarkten Preisdruck
203 durch die billige Importware standhält. Mit dem Freihandelsabkommen Mercosur mit
204 den Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay soll die weltweit
205 größte Freihandelszone geschaffen werden. Auch hier sind landwirtschaftliche
206 Güter betroffen.

207 Es sollen 99.000 Tonnen Rindfleisch und 25.000 Tonnen Schweinefleisch zu einem
208 sehr niedrigen Zollsatz und 180.000 Tonnen Geflügel und Reis, Honig, Zuckermais,
209 Käse, usw. Zollfrei nach Europa importiert werden. Diese Produkte werden mit
210 extrem hohen Spritzmitteleinsatz und in Monokulturen angebaut und gleichzeitig
211 der Regenwald gerodet. Die Importmengen von beispielsweise Rindfleisch werden
212 die klima positive und artgerechte Tierhaltung EU-Mutterkuhhaltung/Weidehaltung
213 extrem unter Druck setzen. Dabei ist dies die haltung, die Artenschutz
214 unterstützt und Humus aufbaut.

215 Wir müssen den globalen Anbau und Transport von Fleisch drastisch reduzieren.
216 Freihandelsabkommen wie Mercosur sind dazu absolut nicht förderlich und in
217 Zeiten des Klimawandels und eines brennenden Regenwalds nicht vertretbar!

218 Ein Freihandelsabkommen, das bäuerlicher und klimaschonender Landwirtschaft im
219 Wege steht darf nicht durch Deutschland befürwortet und beschlossen werden. Wenn
220 Klimaschutz betrieben werden soll, muss die Landwirtschaft mitgedacht werden und
221 dem Mercosur Abkommen in dieser Form darf nicht zugestimmt werden.

222 **Konkret fordern wir:**

- 223 1. Wir gehen gegen das Höfesterben vor, indem wir Jungbäuer*innen und die
224 Kleinbäuerliche Landwirtschaft finanziell unterstützen.

- 225 2. Wir setzen uns für die Rechte von Saisonarbeitskräften ein und beenden die
226 prekären Arbeitsverhältnisse auf Feldern und in Schlachtbetrieben.

- 227 3. Wir sehen in der Landwirtschaft 4.0 sowohl Chance, als auch Risiko. Wir
228 wollen Arbeitnehmer*innen in der Landwirtschaft harte körperliche Arbeit
229 erleichtern, gleichzeitig aber auch ihre Rechte schützen und den digitalen
230 Umbau für mehr soziale Teilhabe, den Klima- und den Artenschutz nutzen.
- 231 4. Wir fördern Klimaschutz statt Hektar und entlasten die Landwirt*innen bei
232 der Beantragung von Fördermitteln: Wir ersetzen die Flächenprämien durch
233 eine leistungsgebundene Förderung von Umwelt- und Naturschutzleistungen
234 mit langfristig wirkenden Maßnahmen wie Agroforstpflanzung, Mischwald-
235 Aufforstung, Pflanzung und Pflege von Hecken und anderen
236 Landschaftselementen. Wir unterstützen Landwirt*innen, die den Klimaschutz
237 voranbringen wollen und bauen die Förder-Bürokratie um hin zu den
238 Bedürfnissen engagierter Landwirt*innen. Das muss mit der Einführung der
239 neuen Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) 2020 geschehen
- 240 5. Wir bringen den Klimaschutz in die Ausbildung: Maßnahmen des Klimaschutzes
241 und der Klimaanpassung in die landwirtschaftliche Aus- und Weiterbildung
242 aufnehmen, z.B. durch vertiefende Lehre in der Bodenbiologie. Ökolandbau
243 in vollem Umfang in die Lehre an Hochschulen und in die
244 landwirtschaftliche Ausbildung aufnehmen und Forschung an klimapositiver
245 Landwirtschaft fördern.
- 246 6. Wir bringen die Landwirtschaft in die Lehrpläne: Aufnahme
247 landwirtschaftlicher Bildung in die Lehrpläne der Sekundarstufe I bis 2025
248 im Rahmen einer umfassenden Klima- und Umweltbildung.
- 249 7. Die Ablehnung des Mercosur-Freihandelsabkommens.

Begründung

erfolgt mündlich.